

## **OA-Update Sanktionen – 2022/36 – Entwicklungen vom 25. Mai**

(Stand: 25.05., 15:00 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –  
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

## 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

### OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

-----

### Gesucht: Tankwagen für Kraftstofftransport in die Ukraine

Den Ost-Ausschuss hat eine Anfrage der ukrainischen Unternehmensgruppe Vitrago Holding (Vitagro.com.ua) erreicht. Gesucht wird nach Lösungen für den Transport von Kraftstoffen aus Europa. Eine der Hauptlösungen ist der Kauf von NEUEN oder GEBRAUCHTEN Kraftstofftanks für den Straßentransport.

Vitrago ist bereit, den Kauf von bis zu 5 Einheiten in Betracht zu ziehen.

Die Hauptanforderungen sind wie folgt:

- Vollständige ADR- und andere Zertifizierungen;
- Befüllung von unten mit API-Anschlüssen;
- Volumen ab 28 m3 pro Tank.

Falls Sie hier Kontakte vermitteln können, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an Stefan Kägebein, [S.Kaegebein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegebein@oa-ev.de)

-----

### [Tagesschau](#)

#### So helfen Unternehmen der Ukraine

**Egal ob Geldspenden, Nahrungsmittel oder Medikamente, Filteranlagen, Funkgeräte oder Transporthilfen: Viele deutsche Unternehmen organisieren seit Kriegsbeginn Hilfsaktionen für die Ukraine. Ein Überblick.**

Seit drei Monaten herrscht in der Ukraine Krieg. Auch beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos ist der russische Angriff eines der vorherrschenden

Themen. Die Ziele dabei: "Einerseits die schwere Situation in der Aktualität zu versuchen, vielleicht etwas zu verbessern, aber sicherlich auch, auf den Wiederaufbau dann in der Ukraine hinzuarbeiten", sagte jüngst Alois Zwinggi, geschäftsführender Direktor der WEF-Stiftung. Neben dem Rückzug aus Geschäften in Russland beteiligen sich auch viele deutsche Unternehmen an Hilfsaktionen, um das Land zu unterstützen und den Menschen vor Ort oder den Geflüchteten zu helfen. Die Firmen nutzen dabei sehr unterschiedliche Möglichkeiten.

### **Konzerne sammeln Geld ein**

Bei Spenden denken die meisten Menschen vermutlich zunächst an Geld. Und die Summen sind tatsächlich beeindruckend: Bis Ende April wurden in Deutschland laut einer Befragung des "Spiegel" auf der Grundlage einer Erhebung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) mindestens 752 Millionen Euro für Menschen in und aus der Ukraine gesammelt. Schon jetzt ist es das höchste Spendenvolumen für einen einzelnen Anlass in der Geschichte der Bundesrepublik.

Dazu trugen auch die Unternehmen bei: Einige starteten einen Aufruf an ihre Mitarbeiter, Geld zu sammeln. Die Belegschaft von Volkswagen habe allein bis Mitte März 1,2 Millionen Euro an die UN-Flüchtlingshilfe gespendet, teilte VW kürzlich mit. Bei den DAX-Unternehmen Siemens und Siemens-Healthineers kamen 4,2 Millionen Euro zusammen.

Auch zahlreiche Firmen selbst spenden Gelder an verschiedene Hilfsorganisationen. So überwies die Deutsche Bank und BMW eine Million Euro an UNICEF, Volkswagen und Audi die gleiche Summe an die UN-Flüchtlingshilfe oder Mercedes an das Deutsche Rote Kreuz (DRK). Der Versicherer Allianz spendete zehn Millionen Euro unter anderem an das DRK. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Seriöse Schätzungen zu den Unternehmensspenden gibt es nicht - doch sie sind hoch.

### **Unternehmen haben schnell reagiert**

Auch über die Geldspenden hinaus gibt es für Betriebe viele Möglichkeiten zu helfen. "Sofort nach Kriegsbeginn haben Unternehmen angefangen, ihre ukrainischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen - etwa bei gewünschten Evakuierungen in Nachbarländer oder der Beschaffung von neuen Jobs", erklärt Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, im Gespräch mit tagesschau.de. So organisierte etwa der Pharmakonzern Bayer Unterkünfte in Polen. Auch der Landmaschinenhersteller Claas aus Ostwestfalen brachte einige Beschäftigte und deren Familien in einen sicheren Teil des Landes.

„Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen, die in der Ukraine aktiv sind, hat wenige Tage nach Kriegsbeginn damit begonnen, auf die eine oder andere Art zu helfen: mit Geld, Gütern, Logistik oder Hilfe für die Geflüchteten“, so Kägebein. Ein Beispiel sind Supermärkte: Die Schwarz-Gruppe um Lidl und Kaufland stellte bereits Anfang März unter anderem haltbare Lebensmittel, Heimtextilien oder Hygieneartikel im Wert von zehn Millionen Euro zur Verfügung. Aldi Nord steuerte Babynahrung und Hygieneartikel für eine Million Euro bei.

„Vor allem in umkämpften Gebieten ist es wichtig, dass Nahrungsmittel geliefert werden. Gleichzeitig müssen auch die Produktion und das normale Leben im Land so weit möglich aufrechterhalten werden“, betont der Experte. So ist das Thema Medizin laut dem Ost-Ausschuss von enormer Bedeutung. „Über die Aktion Medeor organisieren große deutsche Pharma- und Medizin-Verbände Spendensammlungen von Medikamenten in kritischen Größenordnungen für die Ukraine“, sagt Kägebein.

### **Logistiknetzwerk der Bahn bis in die Ukraine**

Transportiert wird ein Großteil der Waren derweil über ein eigens eingerichtetes Logistiknetz der Deutschen Bahn. Per Lastwagen und Güterzug können tausende Tonnen Lebensmittel, Trinkwasser und Sanitärartikel direkt in das Land gebracht oder in Polen an die ukrainische Eisenbahn übergeben werden. Unternehmen, die spenden wollen, müssen sich nur bei der Bahn melden, die die Fracht kostenlos abholt. Auch Autokonzerne wie BMW unterstützen gemeinnützige Partner mit Fahrzeugen für den Transport.

Gerade mit Blick auf den kommenden Winter sei außerdem die Energieinfrastruktur sowie die Strom- und Wasserversorgung, die vielerorts zerstört wurde, entscheidend, so Kägebein gegenüber tagesschau.de. „Die Firma Wilo aus Dortmund hat zum Beispiel mehrfach schon Filter-Wasser-Rucksäcke in die Ukraine geschickt. Jedes dieser Systeme kann über 1000 Liter Flusswasser filtern und mehrere Hundert Menschen mit frischem Trinkwasser versorgen.“

### **Spenden außerhalb der Öffentlichkeit**

Auch der Softwarekonzern SAP stellte der Ukraine humanitäre Hilfe in Höhe von einer Million Euro bereit - auf ihre eigene Art: Die Technologien des IT-Giganten helfen dem UN-Flüchtlingshilfswerk, dem Roten Kreuz und anderen Organisationen dabei, die Arbeit der Menschen zu koordinieren und zu vereinfachen.

„Letztendlich werden an vielen Ecken Dinge gebraucht“, berichtet der Experte vom Ost-Ausschuss. Viele Aspekte bekomme die Öffentlichkeit gar nicht mit: „Es gibt viele Unternehmen, die das außerhalb der Wahrnehmung machen.“ Die Lieferung von Funkgeräten oder technischer Ausstattung. Vieles laufe bilateral, dezentral oder versteckt in größeren Aktionen: „Alles in allem leistet die deutsche Wirtschaft große Hilfe.“

-----

### **Reuters**

#### **Deutschland und Italien genehmigen russische Gaszahlungen nach Zustimmung aus Brüssel**

Deutschland und Italien haben nach Gesprächen mit der Europäischen Union Unternehmen mitgeteilt, dass sie Rubelkonten eröffnen können, um weiterhin russisches Gas zu kaufen, ohne gegen die Sanktionen gegen Moskau zu verstoßen, so die Quellen.

Die Debatte über die russische Forderung, dass ausländische Käufer für Gas in Rubel zahlen müssen, hat die Entschlossenheit der europäischen Regierungen auf die Probe gestellt, wegen des Krieges in der Ukraine eine harte Linie gegen Moskau zu fahren.

Polen, Bulgarien und Finnland haben sich geweigert, der Forderung Moskaus nachzukommen, dass Importeure das Gas über Rubelkonten bei der Gazprombank bezahlen müssen, und ihre Lieferungen wurden unterbrochen.

Andere Mitgliedstaaten waren jedoch nicht bereit, Unternehmen zu Maßnahmen zu bewegen, die zum Verlust lebenswichtiger russischer Gaslieferungen führen könnten, mit denen Häuser geheizt und Fabriken betrieben werden.

Brüssel hat zwei schriftliche Anleitungen herausgegeben, wie man russisches Gas kaufen kann, ohne gegen die Sanktionen zu verstoßen.

-----  
**Dpa:**

**[Visa für russische Fachkräfte: Bundesregierung beschleunigt Verfahren \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)**

Von Kriegsbeginn bis Anfang Mai wurden insgesamt bereits mehr als 600 Visa für russische Fachkräfte erteilt.

Seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine haben sich Hunderte von Fachkräften aus Russland für einen Umzug nach Deutschland entschieden. Vor allem Mitarbeiter deutscher Firmen, die wegen der gegen Russland verhängten Sanktionen in eine ungewisse berufliche Zukunft blicken, entschließen sich zu diesem Schritt.

„Wir haben in den Wochen seit Kriegsbeginn bei mehr als 400 Anträgen für Arbeitsvisa russischer Staatsbürger, die nach Deutschland kommen wollen, Unterstützung geleistet“, sagt Katharina Vorländer, Anwältin bei der auf Arbeitsmigration spezialisierten Kanzlei Fragomen Global LLP in Frankfurt am Main. Rund 30 Prozent dieser Antragsteller seien bereits in Deutschland.

Das sei in der Geschwindigkeit nur möglich geworden, weil es in dieser speziellen Situation „Unterstützung durch die deutschen Behörden gab, wie wir es sonst nicht unbedingt immer erleben“. Beispielsweise habe das Auswärtige Amt in Absprache mit der deutschen Botschaft in Moskau und dem Generalkonsulat in Sankt Petersburg Sammeltermine zur Antragstellung für teilweise mehrere Dutzend Mitarbeiter einer Firma angeboten, „was wir dann auch gerne angenommen haben“, berichtet die Juristin.

Da es aktuell keinen Postservice von Deutschland nach Russland gebe, um Originaldokumente zu versenden, hätten die Botschaft und das Konsulat zugestimmt, im Einzelfall auf Originale zu verzichten und per E-Mail eingereichte Unterlagen akzeptiert.

Initiative geht von Unternehmen aus

Damit die bei Visa für Erwerbstätige erforderliche Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht in jedem Fall einzeln eingeholt werden muss, hat die Bundesagentur in Abstimmung mit der Bundesregierung für alle russischen Fachkräfte, die in Deutschland von ihrem

bisherigen Arbeitgeber weiterbeschäftigt werden sollen, eine „Globalzustimmung zur Arbeitsmarktzulassung“ erteilt. Sie gilt bis Ende September.

Von Kriegsbeginn bis Anfang Mai wurden nach Angaben einer Sprecherin des Auswärtigen Amtes insgesamt bereits mehr als 600 Visa für russische Fachkräfte erteilt. Bei den Visa zur Erwerbstätigkeit handelt es sich um nationale Visa, die einen längeren Aufenthalt erlauben, nicht um sogenannte Schengen-Visa, die einen Aufenthalt von bis zu 90 Tagen in Deutschland und im Schengen-Raum ermöglichen.

Der Verfassungsschutz sieht wegen der gegen Russland verhängten Sanktionen ein erhöhtes Risiko für Wirtschaftsspionage. Die russische Wirtschaft werde von Know-how und Technologien abgeschnitten, schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in einem aktuellen Sicherheitshinweis. Es bestehe die Gefahr, dass es vermehrt zu Anbahnungsversuchen insbesondere von Beschäftigten in für Russland relevanten Wirtschafts- und Forschungszweigen auch in Deutschland kommen könnte. Beschäftigte mit russischer Staatsangehörigkeit seien besonders gefährdet.

---

#### **Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen**

- Energieversorgung im BMWK: [buero-iiib6@bmwi.bund.de](mailto:buero-iiib6@bmwi.bund.de)
- Rohstoffe: [buero-ivb5@bmwi.bund.de](mailto:buero-ivb5@bmwi.bund.de)
- Sanktionsbezogene Fragen: [sven.sattler@bmwi.bund.de](mailto:sven.sattler@bmwi.bund.de)
  
- VB2 (Sanktionen).  
Referatsleitung  
Frau Dr. Conrad  
Herr Blaschke  
E-Mail: [Buero-VB2@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VB2@bmwi.bund.de)

---

#### **Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

---

#### **Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

---

## **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

-----

## **GTAI-Sanktionsübersicht**

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/Russland-Ukraine-Konflikt)

## 2. Terminübersicht

### **30. Mai 2022: Online - „Wege durch den Sanktionsdschungel“, 10:00 – 11:30 Uhr**

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt Sie gemeinsam mit Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH und RSP International ein zur Veranstaltung:  
**„Wege durch den Sanktionsdschungel“ am 30. Mai von 10.00 bis 11.30 Uhr MESZ.**

Das Programm der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Thematisch wird sich die Veranstaltung den seit 24. Februar von allen Seiten erlassenen Sanktionen und dem praktischen Umgang damit widmen. Sollten Sie konkrete Fragen haben, schicken Sie diese bitte auch bis zum 26. Mai an uns.

Bei Fragen zur Veranstaltung und Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte bis spätestens 26. Mai an Ekaterina Radaikina ([E.Radaikina@oa-ev.de](mailto:E.Radaikina@oa-ev.de)), Dr. Christiane Schuchart ([C.Schuchart@oa-ev.de](mailto:C.Schuchart@oa-ev.de)) oder Jens Böhlmann ([J.Boehlmann@oa-ev.de](mailto:J.Boehlmann@oa-ev.de)).

-----

### **2. Juni: Online-Veranstaltung „Aktuelle Herausforderungen der Unternehmensfinanzierung: Krieg, Lieferketten und Transformation“, 12:00 - 12:45 Uhr**

Die Unsicherheit für die deutsche Wirtschaft nimmt zu: Krieg in der Ukraine, Sanktionen, steigende Energiepreise, Probleme bei globalen Lieferketten und der Rohstoffversorgung, Inflation, Zinswende. Zugleich wird die nachhaltige Transformation der Wirtschaft immer dringlicher und fordert die Unternehmen – und ihre Finanzierung – aktuell ganz besonders heraus.

Mit Karin Dohm, CFO der Hornbach Holding AG, und Michael Kotzbauer, Vorstandsmitglied der Commerzbank AG, diskutieren wir über die Lage und Perspektive der Unternehmensfinanzierung. Wie sind die Unternehmen angesichts der mehrfachen Herausforderungen aufgestellt? Wie gelingt die Finanzierung in und aus der Krise heraus? Und welche Erwartungen gibt es an die Politik?

Während der Diskussion haben Sie per Chat die Möglichkeit, Ihre Fragen zu stellen.

Kontakt: [anmeldung@bdb.de](mailto:anmeldung@bdb.de)

-----

### **7. Juni: Online-Sitzung des Arbeitskreises Fachkräftesicherung**

Der Ost-Ausschuss-Arbeitskreis ist eine branchen- und regionenübergreifende Plattform zum Austausch der Mitgliedsunternehmen im Bereich Fachkräftesicherung sowie für den Dialog mit Experten und Stakeholdern in Deutschland und den Partnerländern.



Die Online-Sitzung am 7. Juni 2022 bietet Input und Diskussionsmöglichkeiten zu folgenden Themen: Unterstützung für Fachkräfte in/ aus der Ukraine; rechtliche Rahmenbedingungen für temporäre Arbeitsmarktintegration; Unternehmensprojekte.

Die Agenda der Sitzung finden Sie [hier](#).

Bitte melden Sie sich bei Interesse bis zum 6. Juni 2022 bei Petya Hristova:

[P.Hristova@oa-ev.de](mailto:P.Hristova@oa-ev.de)

-----

### **8. Juni: Online-Update von EulerHermes zu „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ von 8:30 – 9:30 Uhr**

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitionsgarantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitionsgarantien für Russland in Kraft getreten.

Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitionsgarantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

Hier der Anmeldelink auf der [Veranstaltungsseite](#) (agaportal)

Weitere Online-Events sind für 22.6. und 20.7. geplant.

Hier finden Sie die [Übersicht](#) der Veranstaltungen.

-----

### **13. Juni 2022: Tag der deutschen Wirtschaft in Kirgisistan**

Am 13. Juni 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Ministerium für Investitionen der Kirgisischen Republik, der Nationalen Investitionsagentur unter dem Präsidenten der Kirgisischen Republik, dem kirgisischen Außenministerium sowie der Delegation der deutschen Wirtschaft für Zentralasien in der kirgisischen Hauptstadt **den Tag der deutschen Wirtschaft**.

Das Wirtschaftsforum richtet sich an deutsche und kirgisische Unternehmen, Investoren und wirtschaftsnahe Akteure, sowie politische Entscheider des Ziellandes. Nach der einführenden Plenarsitzung wird im Rahmen dreier branchenspezifischer Panels der Fokus auf die potenzialträchtigen Zukunftsfelder „Green Economy“, „IT“ und „Agrartechnologie“ gelegt. Bereits in der Region aktive, deutsche Unternehmen werden Ihre Aktivitäten und Erfahrungen in den jeweiligen Bereichen vorstellen und im Dialog mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft des Gastlandes die Möglichkeiten und Chancen skizzieren.

Der Tag der deutschen Wirtschaft findet **am 13. Juni 2022 von 10:00 bis 16:00 Uhr lokaler Zeit im Hotel „Sheraton Bishkek“, ul. Kiyevskaya 148 B, Bischkek, Kirgisistan** statt.

Nähere Informationen zu den Referenten und dem Veranstaltungsablauf entnehmen Sie bitte dem beigefügten Programm. Sie können sich bis spätestens 1. Juni unter diesem [Link](#) zur Veranstaltung anmelden.

-----

### **20. bis 24. Juni 2022: Delegationsreise „Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidshan“**

Die Delegationsreise wird von der AHK Aserbaidshan zusammen mit der RENAC AG im Rahmen des Projekts Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Reise als Kooperationspartner.

Innerhalb dieser viertägigen Geschäftsreise erhalten deutsche Firmen und aserbaidshanische Schlüsselakteure am 21. Juni 2022 die Möglichkeit, am Deutsch-Aserbaidshanischen Nachhaltigkeitsforum mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien in Aserbaidshan“ teilzunehmen.

Die Geschäftsreise bietet Ihnen die Gelegenheit,

- die aktuelle Marktsituation vor Ort näher kennenzulernen,
- ermöglicht einen fachlichen und lösungsorientierten Austausch zwischen den relevanten Marktteilnehmern
- an B2B-Meetings teilzunehmen sowie
- mit Akteuren staatlicher Stellen in den Dialog zu treten sowie an Rundtischgesprächen und Betriebsbesichtigungen teilzunehmen.

**Nutzen Sie die Gelegenheit, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen, Projekte kennenzulernen und Ihr professionelles Geschäftsnetzwerk vor Ort zu erweitern!**

Informationen zu den Teilnahmebedingungen, zur Anmeldung sowie zum Programm der Reise und des Forums am 21. Juni finden Sie auf den Seiten der AHK Aserbaidshan: [Geschäftsreise „Energieerzeugung durch erneuerbare Energien in Aserbaidshan“ \(ahk.de\)](#).

Für weitere Fragen steht Ihnen in Baku Frau Frau Turkan Maharramova (E-Mail: [turkan.maharramova@ahk-baku.de](mailto:turkan.maharramova@ahk-baku.de); Tel: +994 12 497 63 06) zur Verfügung.

-----

## **5. bis 6. Juli: Delegationsreise nach Usbekistan**

Vom 5. bis 6. Juli 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrat **eine Delegationsreise unter der Leitung des Vorstandsmitglieds und Sprecher des Länderkreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie Co-Vorsitzenden des Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrates Manfred Grundke nach Taschkent**, zu der wir Sie herzlich einladen möchten. In der usbekischen Hauptstadt sind hochrangigste politische Gespräche vorgesehen.

Für die Reise ist folgender Ablauf vorgesehen:

### **04.07.2022**

- Individuelle Anreise nach Taschkent

### **05.07.2022**

- Sitzung des Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrates, unter anderem mit PM Abdulla Aripov  
- Politische Termine

### **06.07.2022**

- Deutsch-Usbekisches Business-Forum  
- Produktionsbesuch  
- Politische Termine

Anschließend: Individuelle Abreise

Im Falle eines Teilnahmeinteresses bitten wir Sie um die Übersendung konkreter Projekte und Benennung gewünschter Ansprechpartner auf der usbekischen Seite. Für Fragen zur Reise wenden Sie sich im Ost-Ausschuss bitte an Eduard Kinsbruner, [E.Kinsbruner@oe-ev.de](mailto:E.Kinsbruner@oe-ev.de)

### **3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 20. Mai)**

#### **Ukraine-Krieg: Verstoß gegen EU-Sanktionen soll härter bestraft werden**

Die EU-Kommission will sicherstellen, dass die wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine verhängten EU-Sanktionen voll umgesetzt werden. Nach einem aktuellen Vorschlag sollen Sanktionsverstöße deswegen künftig in die Liste von EU-Verbrechen aufgenommen werden. Außerdem will die Kommission mit strengeren Regeln sicherstellen, dass Vermögenswerte von Personen und Einrichtungen, die gegen die Sanktionen verstoßen, effektiver eingezogen werden können. EU-Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová sagte: „Die EU-Sanktionen müssen eingehalten werden, und diejenigen, die versuchen, sie zu umgehen, müssen bestraft werden. Die Verletzung von EU-Sanktionen ist ein schweres Verbrechen und muss ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen. Wir brauchen EU-weite Regeln, um das durchzusetzen. Als Union stehen wir für unsere Werte ein, und wir müssen diejenigen, die Putins Kriegsmaschinerie am Laufen halten, zur Kasse bitten.“

Verstöße gegen Sanktionen werden in die Liste von EU-Verbrechen aufgenommen  
Mit der Aufnahme in die Liste von EU-Straftatbeständen könnte ein gemeinsamer Grundstandard für Straftaten und Strafen in der gesamten EU festgelegt werden. Solche gemeinsamen EU-Vorschriften würden es wiederum erleichtern, Verstöße gegen Sanktionen in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen zu untersuchen, zu verfolgen und zu bestrafen. Die bestehende Liste der EU-Straftatbestände ist im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufgeführt und sorgt dafür, dass es für die Festlegung von Straftatbeständen und Strafen gemeinsame Mindestvorschriften in allen EU-Mitgliedstaaten gibt.

Schärfere EU-Vorschriften für Einziehung/Beschlagnahmung von Vermögenswerten infolge der Sanktionen

Die EU-Kommission hat heute zudem einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Wiedererlangung und Konfiszierung von Vermögenswerten vorgelegt. Damit sollen Straftätern ihre unrechtmäßig erworbenen Gewinne entzogen werden. Die vorgeschlagenen Vorschriften gelten auch für Verstöße gegen Sanktionen und gewährleisten das wirksame Aufspüren, Einfrieren und Einziehen von Erträgen, die aus Verstößen gegen restriktive Maßnahmen stammen.

Der Vorschlag modernisiert die EU-Vorschriften zur Vermögensabschöpfung u.a. durch:

- ein erweitertes Mandat der zuständigen Stellen zur raschen Ermittlung und Identifizierung von Vermögenswerten natürlicher und juristischer Personen, gegen die Sanktionen verhängt wurden. Diese Befugnisse werden auch für kriminelle Vermögenswerte gelten, einschließlich des sofortigen Einfrierens von Eigentum, wenn die Gefahr besteht, dass Vermögenswerte verschwinden.

- mehr Möglichkeiten zur Einziehung von Vermögenswerten aus einer breiteren Palette von Straftaten, einschließlich der Verletzung von Sanktionen, sobald der Kommissionsvorschlag zur Erweiterung der Liste der EU-Straftaten angenommen ist.
- neue Vermögensverwaltungsstellen in allen EU-Mitgliedstaaten. Damit soll sichergestellt werden, dass eingefrorene Vermögenswerte nicht an Wert verlieren. Und es ermöglicht den Verkauf von eingefrorenen Vermögenswerten, die leicht an Wert verlieren könnten oder deren Unterhalt teuer ist.

#### Hintergrund

Im Rahmen der EU-Sanktionen müssen alle Vermögenswerte eingefroren werden, die im Eigentum oder unter der Kontrolle gelisteter Personen stehen. Im Rahmen der EU-Sanktionen im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine gelten die Bestimmungen zum Einfrieren von Vermögenswerten derzeit für 877 Personen und 62 Organisationen.

[Ukraine-Krieg: Verstoß gegen EU-Sanktionen soll härter bestraft werden \(europa.eu\)](https://europa.eu/ukraine-crisis/sanctions)

-----

#### Spiegel

#### **EU und USA wollen Obergrenze für Ölpreis gegen Russland durchsetzen**

**Russland verdiente zuletzt mehr Geld mit weniger Öl. Damit sich diese Entwicklung nach einem Embargo nicht noch weiter zuspitzt, hofft Wirtschaftsminister Habeck auf einen internationalen Deckel für den Ölpreis.**

Ein Ölembargo gegen Russland ist laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck »in greifbarer Nähe«. Es gebe nur noch wenige Staaten, die Probleme anmeldeten – vor allem Ungarn, sagte der Vizekanzler am Abend im ZDF-»Heute Journal« .

Der Grünenpolitiker sagte aber auch: Ein europäisches Embargo führe nicht automatisch dazu, dass die Einnahmen des russischen Staates geschwächt würden. »Putin hat also in den letzten Wochen weniger Öl verkauft und mehr Einnahmen gehabt«, sagte Habeck. Grund sei ausgerechnet der Ölpreisanstieg infolge der Debatte über das geplante Embargo. Dadurch ist denkbar, dass Russland sein Öl trotz Embargo andernorts womöglich gar zu besseren Preisen absetzen kann.

Um dem entgegenzuwirken, wollen die Europäische Union und die USA laut Habeck eine Obergrenze für Ölpreise durchsetzen. So könnte Russland sanktioniert und der Ölpreis eingefangen werden, zumal die weltweit hohen Preise für den Rohstoff die Wirtschaft belasteten. »Da ist die Idee, dass man sich abspricht und sagt, wir zahlen hier nicht mehr jeden Preis«, so Habeck.

## Entscheidung auf EU-Gipfel Ende Mai?

Solch ein Schritt würde aber nur funktionieren, wenn sehr viele Länder mitmachen würden und Russland nicht andere Absatzmärkte nutzen kann. »Die Europäische Kommission und die USA arbeiten genau an diesem Vorschlag«, sagte Habeck zu den Plänen. Allerdings hatte Indien zuletzt etwa seine Ölimporte aus Russland sogar ausgeweitet.

EU-Diplomaten gehen davon aus, dass beim EU-Gipfel Ende Mai eine Entscheidung über das Ölembargo fallen wird. Bis dahin sollen die EU-Botschafter einen Kompromiss aushandeln. Dieser könnte darin bestehen, dass Ungarn, der Slowakei und Tschechien eine längere Übergangsperiode bis zur vollen Umsetzung der Sanktionen eingeräumt werde.

Ungarn fordert Millionenbeträge der EU, um die Folgen eines Ölembargos zu kompensieren. Die Sanktionen müssen von allen 27 EU-Mitgliedern einstimmig beschlossen werden.

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine den Import von russischem Rohöl in etwa sechs Monaten zu beenden. Als Kompromiss schlägt die Kommission vor, Ungarn mehr Zeit einzuräumen. Der Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán geht der Vorschlag nicht weit genug.

-----

## Tagesschau

### Habeck sieht Öl-Embargo in „greifbarer Nähe“

**Bringt die EU nun doch ein Öl-Embargo gegen Russland auf den Weg? Wirtschaftsminister Habeck zeigt sich optimistisch - trotz Widerstands einiger Mitglieder. Schwieriger sei ein geschlossenes Handeln gegen steigende Ölpreise.**

Im Ringen um weitere Sanktionen gegen Russland wird ein Lieferstopp für russisches Öl in die EU laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck immer wahrscheinlicher.

Ein solches Embargo sei in "greifbare Nähe" gerückt", sagte der Grünen-Politiker im "heute journal" des ZDF. Er rechne "innerhalb von wenigen Tagen" mit einem Durchbruch.

### Widerstand vor allem aus Ungarn

Sanktionen gegen Russland, die infolge der Invasion in die Ukraine verhängt werden, müssen von allen 27 EU-Mitgliedsstaaten mitgetragen werden. Das Problem: Einige Länder - allen voran Ungarn - sehen ein Öl-Embargo skeptisch. Zu groß sei die eigene Abhängigkeit von der Ressource und eine schnelle Abkehr von Lieferungen aus Russland daher nicht umzusetzen. Ungarn hatte daher bereits mit einem Veto gegen diese mögliche Strafmaßnahme angedroht.

## **EU stellt längere Übergangsfristen in Aussicht**

Habeck äußerte für diese Bedenken Verständnis. Die EU könne darauf durchaus Rücksicht nehmen. So sind etwa längere Übergangsfristen für besonders vom russischen Öl abhängige Staaten im Gespräch, um die Energieversorgung auf andere Weise abzusichern. Sollte die EU Ungarn auf diese Art entgegenkommen, müsse dort allerdings „auch was passieren“, mahnte Habeck.

## **Eine Grenze für den Ölpreis?**

Der nächste EU-Gipfel steht bereits Ende dieses Monats an - und damit die Möglichkeit, dass dann ein Öl-Embargo auf den Weg gebracht wird. Gleichzeitig arbeitet die EU laut Habeck derzeit gemeinsam mit den USA an Wegen, eine Obergrenze für Ölpreise durchzusetzen. Die Preise sind seit Kriegsausbruch in der Ukraine schon stark gestiegen, ein mögliches Embargo könnte den Preisanstieg noch verschärfen.

„Putin hat also in den letzten Wochen weniger Öl verkauft und mehr Einnahmen gehabt“, sagte Habeck im ZDF. Daher sei die Idee, dass für den Barrel Öl nicht mehr jeder Preis gezahlt werden solle. Das könne aber nur funktionieren, wenn sich viele Staaten an einer solchen Strategie beteiligen würden. Und daran „hapert es bisher noch“, so der Bundeswirtschaftsminister.

-----

## **Oligarchengeld für Wiederaufbau**

Die EU-Kommission arbeitet an einem Gesetzesvorschlag zur Verwendung von eingefrorenen russischen Geldern für den Wiederaufbau der Ukraine vorlegen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte in diesem Zusammenhang: „Wir sollten dafür jeden Stein umdrehen – wenn möglich auch russische Vermögenswerte, die wir eingefroren haben.“ Die Ukraine brauche nicht nur Investitionen in erheblicher Höhe, sondern auch eine leistungsfähigere Verwaltung, einen Rechtsstaat mit unabhängiger Justiz und ein entschiedenes Vorgehen gegen Korruption, sagte sie auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos.

-----

## **EU-Ukraine-Handel: Vorübergehende Liberalisierung**

Nach einem Vorschlag der Europäischen Kommission, der die Zustimmung des Europäischen Parlaments fand, werden folgende Handelshürden für die Ukraine ausgesetzt:

- alle Zölle gemäß Titel IV des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine zur Errichtung einer vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA), die noch nicht liberalisiert wurden. Die Aussetzung betrifft insbesondere: gewerbliche Waren, für die die Zölle bis Ende 2022 abgebaut werden, Obst und Gemüse, die dem Einfuhrpreissystem unterliegen, sowie landwirtschaftliche

Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, die Zollkontingenten unterliegen;

- die Erhebung von Antidumpingzöllen auf Einfuhren mit Ursprung in der Ukraine; und
- die Anwendung der gemeinsamen Einfuhrregelung auf die Einfuhren mit Ursprung in der Ukraine.

Weitere Informationen finden Sie hier.

[Ukraine: Council adopts temporary trade liberalisation with Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

### **Schlüsselbotschaften für die Europäische Kommission**

Am 19. Mai organisierte BusinessEurope (BE) ein Online-Briefing mit Vertretern der GD GROW und der GD TRADE. Dabei übermittelten die Vertreter der Wirtschaft in Bezug auf die Umsetzung der EU-Sanktionen und zu den Auswirkungen des Krieges auf den Zugang zu Rohstoffen und Lieferketten folgende Kernaussagen:

- Orientierung bleibt ein zentrales Thema. Fragen zu den fünf vorangegangenen Sanktionspaketen, die wir seit über einem Monat aufgeworfen haben, wurden noch nicht beantwortet, und oft sind die Antworten nicht eindeutig und sogar widersprüchlich;
- Selbst bei legalen Handelsgeschäften, insbesondere in den Bereichen Pharmazeutika und Lebensmittel, sehen sich die Unternehmen mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die den Zugang zu Finanzmitteln und Transportmitteln betreffen;
- Wir müssen sicherstellen, dass wir die Sanktionen mit anderen westlichen Verbündeten, insbesondere den USA, abstimmen. Dies ist besonders wichtig im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 6. Sanktionspaket, das die Erbringung von Dienstleistungen betrifft;
- Wir sollten sicherstellen, dass Unternehmen, die Russland verlassen und ihre Verträge, einschließlich Joint Ventures, mit russischen Unternehmen beenden wollen, dies auch tun können. Gegenwärtig befinden sich die Unternehmen in einer "Catch 22"-Situation, die es zu lösen gilt;
- Was den Zugang zu kritischen Rohstoffen und die Auswirkungen auf die Lieferketten betrifft, so haben wir erneut darauf hingewiesen, dass es für die Unternehmen schwierig sein kann, kurzfristig Alternativen zu finden. Wir betonten, dass die EU und gleichgesinnte Partner ihre Maßnahmen besser aufeinander abstimmen müssen, um sicherzustellen, dass bestehende Abhängigkeiten nicht durch andere ersetzt und Überkapazitäten vermieden werden.



Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

[ORF.at](https://www.orf.at)

### **Österreich friert 250 Millionen Euro von Oligarchen ein**

Im Zuge der EU-Sanktionen seien in Österreich rund 254 Millionen Euro russisches Vermögen auf insgesamt 97 Konten eingefroren worden, wie das Bundeskanzleramt gestern in einer Aussendung mitgeteilt hat, die ORF.at vorliegt. „Das ist, mit Stand März, doppelt so viel wie Deutschland bisher melden konnte“, hieß es weiter.

Zuständig für die Ausforschung der Vermögenswerte ist eine eigens gegründete Taskforce unter Federführung der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) im Innenministerium und in Zusammenarbeit mit vielen Ministerien. Den Ermittlern und Ermittlerinnen sei es zudem gelungen, fünf Grundbucheinträge ausfindig zu machen, die dazu gedient haben sollten, Vermögen zu verschleiern.

-----

**dpa:**

### **Polen kündigt Gasliefervertrag mit Russland**

Die polnische Regierung hat beschlossen, ihren schon seit 1993 geltenden Gasliefervertrag mit Russland zu kündigen. Wie die polnische Nachrichtenagentur PAP berichtete, bestätigten das sowohl Klimaministerin Anna Moskwa als auch der Regierungsbevollmächtigte für Energie-Infrastruktur, Piotr Naimski.

Nach fast 30 Jahren kann man sagen, dass die Gasbeziehungen zwischen Polen und Russland aufgehört haben zu existieren", verkündete Naimski im öffentlich-rechtlichen Polnischen Radio und auf Facebook. Ministerin Moskwa erklärte auf Twitter:

„Die Aggression Russlands gegen die Ukraine hat die Entschlossenheit der polnischen Regierung bestätigt, völlig unabhängig von russischem Gas zu werden. Wir haben immer gewusst, dass Gazprom kein zuverlässiger Partner ist.“

Wie PAP unter Berufung auf die beiden Regierungsvertreter weiter erläuterte, fiel die Entscheidung der polnischen Regierung bereits in einer Kabinettsitzung am 13. Mai. Weil es sich aber um einen internationalen Vertrag handle, sei nach Angaben von Ministerin Moskwa eine formelle Note des Außenministeriums in Warschau an die russische Regierung notwendig. Diese schriftliche Erklärung werde umgehend versendet, kündigte Moskwa an.

PAP wies darauf hin, dass die Kündigung der polnisch-russischen Vereinbarung nicht nur Gaslieferungen an Polen betreffe, sondern auch den Gastransit durch die Jamal-Gasleitung weiter nach Deutschland. Diese Verbindung wurde aber zuletzt ohnehin vor allem in umgekehrter Richtung genutzt, um Gas aus Deutschland nach Polen zu liefern.

-----

## Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

-----

## FAQ der Europäischen Kommission zu Sanktionen

Die Europäische Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen in Bezug auf Zentralverwahrer, Umgehung und Sorgfaltspflicht, Einfrieren von Vermögenswerten, Einlagen, öffentliches Auftragswesen, Zugang zu EU-Häfen und Verkauf von Wertpapieren aktualisiert.

Neue FAQ:

- [deposits](#) (23.5.)
- [public procurement](#) (23.5.)
- [access to EU ports](#) (23.5.)
- [sale of securities](#) (23.5.)
- [circumvention and due diligence](#) (19.5.)
- [assets freeze](#) (19.5.)
- [central securities depositories](#) (17.5.)

Weitere FAQ im Detail:

- [trading](#) (13. Mai)
- [state-owned enterprises](#) (11.Mai)
- [customs](#) (5. Mai)
- [trading](#) (4.Mai)
- [assets freeze and prohibition to make funds and economic resources available](#) (4. Mai)
- [insurance and reinsurance](#) (3. Mai)
- [sale of securities in an official Member State currency](#) (3. Mai)
- [deposits](#) (3. Mai)
- [luxury goods](#) (2. Mai)
- [humanitarian aid](#) (2. Mai)
- [credit rating](#) (28. April)
- [access to EU ports](#) (27. April)
- [central securities depositories](#) (26. April)
- [export restrictions on maritime navigation goods and technology](#) (26. April)
- [intellectual property rights](#) (26. April)
- [customs related matters](#) (25. April)
- [Russian energy sector](#) (22. April)

Alle Leitlinien in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

## 4. Russland-Gegensanktionen

### Zwangsverwaltungsgesetz in erster Lesung verabschiedet

Hier die derzeitige Fassung des Gesetzes in der Duma:

[Для уходящих из России иностранных компаний могут ввести внешнее управление \(duma.gov.ru\)](https://duma.gov.ru)

Hier die dazugehörige Pressemitteilung der Duma (Arbeitsübersetzung):

Für ausländische Unternehmen, die Russland verlassen, kann eine externe Verwaltung eingeführt werden.

Die neuen Vorschriften betreffen Unternehmen, die beschlossen haben, den russischen Markt ohne einen ersichtlichen wirtschaftlichen Grund zu verlassen, und zwar aufgrund antirussischer Stimmungen in Europa und den Vereinigten Staaten.

Die Staatsduma hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Einführung eines externen Managements für ausländische Unternehmen angenommen, die ihren Rückzug vom russischen Markt angekündigt haben.

Das Dokument betrifft die Unternehmen, die sich **ohne offensichtliche wirtschaftliche Gründe zum Verlassen des russischen Marktes** entschlossen haben, **aufgrund der antirussischen Stimmung in Europa und den USA, während ihre Aktivitäten die Stabilität der Wirtschaft erheblich beeinträchtigten (z.B. wenn sie die einzigen Lieferanten für kritische Industrien waren, wichtige Güter herstellten oder stadtbildende Industrien waren)**.

Gründe für die Einsetzung einer externen Verwaltung für ausländische Unternehmen können die **Unterbrechung der Versorgung der Verbraucher und kritischer Versorgungsketten**, ein **Anstieg der Verbraucherkosten**, der **Verlust von Arbeitsplätzen** sowie **Untätigkeit** oder das Begehen von **Handlungen** sein, die **zu von Menschen verursachten Katastrophen oder zum Verlust von Menschenleben führen** würden.

Nach dem Gesetzentwurf kann eine externe Verwaltung für einen **Zeitraum von bis zu 18 Monaten** ernannt werden. Ihre Befugnisse können auf Antrag von Aktionären, die mehr als 50 Prozent der Aktien besitzen, bei Wegfall der Umstände, die zur Bestellung einer externen Verwaltung geführt haben, sowie beim Übergang zur Liquidation des Unternehmens oder bei Einleitung eines Konkursverfahrens vorzeitig beendet werden.

Auf Beschluss des interministeriellen Ausschusses kann beim Gericht ein Antrag auf Ersetzung der benannten Stelle durch eine andere gestellt werden, wenn von der russischen Regierung Gründe dafür festgestellt werden. Darüber hinaus werden die Kosten für die externe Verwaltung und deren Vergütung aus den Mitteln der Organisation erstattet.

Die **Entscheidung** über die Einführung einer externen Verwaltung wird von einer **ressortübergreifenden Kommission des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung** getroffen, wobei die Vorschläge anderer Ministerien und der Leiter der Regionen berücksichtigt werden. Die Übertragung der Geschäftsführung wird nur durch einen **Gerichtsbeschluss** erfolgen. **Gleichzeitig haben ausländische Eigentümer weiterhin die Möglichkeit, ihre Geschäftstätigkeit in der Russischen Föderation wieder aufzunehmen oder ihre Anteile zu verkaufen.**

#### Zusammenfassung der wichtigsten Gesetzesinhalte von Interfax:

Laut Interfax es noch Diskussionen, ob dieses Gesetz auf ein **staatliches Unternehmen mit Anteilseignern aus „unfreundlichen Ländern“, wie die Sberbank**, angewandt werden kann, die öffentlichen Quellen zufolge zu 35 Prozent britischen und amerikanischen Investmentfonds gehört. Dies sollte wohl noch in der 2. Lesung besprochen werden. Sowie auch ob es bei 25 oder 50 % der ausländischen Beteiligung angewandt werden soll

Hier der Interfax-Artikel in Auszügen (Arbeitsübersetzung):

„Betroffen vom Gesetz sind ausländische Unternehmen, deren **wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt oder verringert wird und deren Einnahmen für drei volle Monate um mindestens 30 %** gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum oder dem gleichen Zeitraum des Vorjahres **zurückgehen**. In allen Fällen ist die zwingende Voraussetzung, dass die **"unfreundlichen" Ausländer mindestens 25 % an der russischen Organisation besitzen.**

Der Entwurf nennt ausdrücklich **sieben Kriterien**, unter denen die externe Verwaltung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auferlegt werden kann. Dies sind zum Beispiel **Produzenten von gesellschaftlich wichtigen und lebensnotwendigen Gütern**, einschließlich solcher mit staatlich regulierten Preisen. Diese Liste ist jedoch nicht geschlossen - eine dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung unterstellte abteilungsübergreifende Kommission hat dem Entwurf zufolge das Recht, auf die Einführung einer externen Verwaltung in jeder anderen Organisation zu bestehen.

Die Aufgaben der **externen Verwaltung** können von dem staatlichen **Unternehmen VEB.RF oder "einer anderen Organisation, die durch einen Beschluss"** des interministeriellen Ausschusses bestimmt wird, wahrgenommen werden. Es liegt in **der Zuständigkeit der externen Verwalter**, über den **Verkauf** des Unternehmens im Rahmen einer Ausschreibung zu entscheiden. **Zuvor wird eine neue Organisation auf der Grundlage der alten gegründet** und zu einem Mindestpreis an einen interessierten Investor oder, **falls kein Investor vorhanden ist, an den Staat verkauft. Der neue Eigentümer muss mindestens 2/3 der Arbeitsplätze erhalten** und die Tätigkeit des Unternehmens in der Russischen Föderation **mindestens ein Jahr lang fortsetzen.**

Die Person, die für die externe Verwaltung zuständig ist, hat ein Vorkaufsrecht für das neue Unternehmen. Die früheren Eigentümer der Organisation und ihre Tochtergesellschaften mit Verbindungen zu "unfreundlichen" Ländern dürfen nicht mitbieten.

**Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung**, das zuvor selbst einen ähnlichen Gesetzentwurf ausgearbeitet, ihn aber nie der Staatsduma vorgelegt hatte, hält das Dokument der Abgeordneten für „ausgewogen“. **„Es geht darum, Unternehmen nur dann für eine zeitlich befristete Verwaltung“ vorzusehen, wenn dies wirklich notwendig ist, um Produktionsanlagen und für die Wirtschaft wichtige Arbeitsplätze zu erhalten. Das Gesetz wird punktuell angewandt, nur in kritischen Fällen, wenn Hunderte oder Tausende von Mitarbeitern von Unternehmen, die Russland „verlassen“ haben, von Entlassung bedroht sein könnten. Gleichzeitig sieht es die Möglichkeit vor, die Aktionäre auf Wunsch in die Geschäftsführung zurückzuholen**“, so der Pressedienst des Ministeriums.

[Госдума приняла в I чтении законопроект о внешнем управлении иноактивами в РФ \(interfax.ru\)](http://interfax.ru)

**Reuters:**

**Russische Gesetzgeber geben erste Zustimmung zu Gesetzentwurf zur Übernahme ausländischer Vermögenswerte**

Das russische Parlament hat am gestrigen Dienstag einen Gesetzentwurf gebilligt, der es russischen Unternehmen erlauben würde, ausländische Firmen zu übernehmen, die sich aus Protest gegen Moskaus Vorgehen in der Ukraine vom Markt zurückgezogen haben, wie aus dem Online-Portal der Regierung hervorgeht.

Seit Russland am 24. Februar Zehntausende von Truppen in die Ukraine entsandt hat, haben zahlreiche ausländische Unternehmen die vorübergehende Schließung von Geschäften und Fabriken in Russland angekündigt oder ihren endgültigen Rückzug angekündigt.

Der vom Unterhaus des Parlaments (Duma) in erster Lesung verabschiedete Gesetzentwurf sieht vor, dass die staatliche Entwicklungsbank VEB oder andere von einer Kommission zugelassene Stellen als externe Verwalter von Unternehmen fungieren können, die zu mehr als 25 Prozent in ausländischem Besitz sind, insbesondere aus Ländern, die Moskau als „unfreundlich“ betrachtet.

Während die erste Lesung die Grundzüge des vorgeschlagenen Gesetzes bestätigt, muss der Gesetzesentwurf in einer zweiten Lesung detailliert erörtert und abgestimmt werden, bevor eine dritte, in der Regel formelle Lesung stattfindet. Anschließend muss er vom Oberhaus geprüft und von Präsident Wladimir Putin unterzeichnet werden, um Gesetz zu werden.

Der Gesetzesentwurf nennt sieben Kriterien, unter denen eine externe Verwaltung eingeführt werden kann, wie Interfax berichtet, z. B. geht es um Unternehmen, die gesellschaftlich wichtige Güter herstellen. Es besteht die Möglichkeit, den Katalog zu erweitern.

Das Recht, später ein Gebot für die ausländischen Vermögenswerte abzugeben, würde bei der Einrichtung liegen, die als externe Verwaltung fungiert, während die früheren Eigentümer und alle Tochtergesellschaften mit Verbindungen zu „unfreundlichen“ Ländern ausgeschlossen würden, so Interfax.

„Die Idee ist, Unternehmen nur dann für eine vorübergehende Verwaltung zu übernehmen, wenn dies wirklich notwendig ist, um die Produktion und die für die Wirtschaft wichtigen Arbeitsplätze zu retten“, so das Wirtschaftsministerium.

„Das Gesetz wird punktuell angewendet, nur in kritischen Fällen, wenn Hunderte oder Tausende von Menschen, die in Unternehmen arbeiten, die Russland "verlassen" haben, von Entlassung bedroht sind.“

-----

### **Putin kann weitere Kapitalbeschränkungen für den Finanzmarkt erlassen**

[INTERFAX.RU](#) - Die Abgeordneten der Duma haben Änderungen der geltenden Gesetzgebung vorbereitet, die die **Befugnisse des russischen Präsidenten bei der Einführung und Anwendung von Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Russischen Föderation unter den Bedingungen von Sanktionen** präzisieren.

Die Änderungen werden dem Gesetz 127-FZ „Über Gegenmaßnahmen gegen unfreundliche Handlungen der USA und anderer ausländischer Staaten“ hinzugefügt und wurden auf der letzten Sitzung des Duma-Finanzmarktausschusses vorgestellt und genehmigt.

Insbesondere wird vorgeschlagen, **ein besonderes Verfahren für russische Bürger** oder russische juristische Personen einzuführen, **die bestimmte Transaktionen mit Beteiligung ausländischer Personen durchführen**, die mit unfreundlichen ausländischen Staaten verbunden sind; ein besonderes Verfahren für russische juristische Personen, die der Verpflichtung nachkommen, **Gewinnausschüttungen (Dividenden) an Teilnehmer zu zahlen**, bei denen es sich um Personen aus unfreundlichen ausländischen Staaten handelt; ein besonderes Verfahren **für die Währungsregulierung und Währungskontrolle**, auch in Bezug auf die Durchführung von Devisentransaktionen von Bürger und Nicht-Bürger.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass **Maßnahmen zur Gewährleistung der Finanzstabilität** Folgendes umfassen könnten:

- Verbote bestimmter Transaktionen, einschließlich Verbote oder Beschränkungen von Devisentransaktionen;
- Änderungen der Währung von Verpflichtungen im Rahmen bestimmter Vereinbarungen;
- Notwendigkeit einer Sondergenehmigung für die Durchführung bestimmter Transaktionen,
- Eröffnung von Konten und Einlagen und die Durchführung von Transaktionen im Rahmen dieser Transaktionen;
- Einfrieren (Blockieren) von Geldern oder anderem Eigentum;
- Festlegung von Obergrenzen für durchgeführte Devisentransaktionen;
- Einrichtung eines Devisenkontrollsystems in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Russischen Föderation.

Es ist vorgesehen, dass **der Präsident einen Teil der Befugnisse zur Einführung von Beschränkungen an die Regierung oder die Zentralbank delegieren** kann.

Die **zweite Lesung des Gesetzentwurfs (Nr. 1101162-7) ist für den 7. Juni** vorgesehen.

-----

### **Böll-Stiftung jetzt „Ausländischer Agent“**

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat laut russischen Medienberichten die Aktivitäten der internationalen NGO Heinrich-Böll-Stiftung als in Russland unerwünscht erklärt. Die Aktivitäten der Stiftung stellten eine Bedrohung für das Verfassungssystem und die Sicherheit der Russischen Föderation dar. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die 56. ausländische Nichtregierungsorganisation, die in Russland für unerwünscht erklärt wurde. Bereits am 8. April wurde die Niederlassung der Stiftung in Russland auf Veranlassung des Justizministeriums aus dem Register der Niederlassungen und Büros internationaler Organisationen und ausländischer NGOs gestrichen.

-----

### **Sanktionen gegen US-Amerikaner und Briten**

Das russische Außenministerium hat eine aktualisierte Liste von 963 US-Bürgern veröffentlicht, gegen die als Reaktion auf die „antirussischen Sanktionen“ der USA ein Reiseverbot verhängt wurde. Zusätzlich zu den Personen, denen die Einreise nach Russland bereits untersagt wurde, wie Präsident Biden und Außenminister Antony Blinken, umfasst die Liste unter anderem Politiker, Anwälte, Führungskräfte aus der Technologiebranche, Journalisten und verstorbene Politiker.

[Соединенные Штаты Америки \(США\) - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](https://mid.ru)

Russland hat als Vergeltungsmaßnahme außerdem persönliche Beschränkungen für 154 Mitglieder des britischen Oberhauses verhängt, erklärte das Russische Außenministerium.

-----

### **Sostav**

### **Staatsduma nimmt in erster Lesung einen Gesetzentwurf über Vergeltungsmaßnahmen zum Verbot russischer Medien an**

Die Staatsduma hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf unterstützt, der es den russischen Behörden erlauben würde, ausländische Medien im Land zu verbieten, "wenn festgestellt wird, dass feindliche Entscheidungen" in Bezug auf inländische Medien im Ausland getroffen wurden. So erhält die Generalstaatsanwaltschaft das Recht, im Rahmen einer "Spiegelreaktion" auf das Verbot russischer Medien ausländische Ressourcen außergerichtlich zu sperren. Dies wurde auf der Website der Duma berichtet.



"Die Arbeit der betreffenden Publikationen kann eingestellt werden, wenn sie Informationen verbreiten, die darauf abzielen, die russischen Streitkräfte zu diskreditieren, oder die mit der Verhängung politischer und wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland durch ausländische Staaten zusammenhängen", heißt es in einer Pressemitteilung der Agentur.

Nach dem Gesetzentwurf kann dem Generalstaatsanwalt und seinen Stellvertretern auch das Recht eingeräumt werden, die Registrierung ausländischer Massenmedien oder deren Sendelizenzen zu widerrufen. Um ein solches Verfahren einzuleiten, müsste die Staatsanwaltschaft die Tatsache der Verbreitung "rechtswidriger, gefährlicher Informationen, einschließlich unzutreffender Informationen von öffentlicher Bedeutung" zu Protokoll geben.

Die Aufdeckung "unfreundlicher Handlungen" oder "Auferlegung von Beschränkungen" gegen russische Medien wird ebenfalls ausreichen, um ausländischen Journalisten die Akkreditierung zu entziehen, hieß es.

---

#### Weitere Meldungen aus und über Russland:

##### **50 Prozent des russischen Außenhandels entfallen auf Sanktionsländer**

Auf Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, entfällt die Hälfte des russischen Außenhandelsumsatzes. Dies erklärte Wirtschaftsminister Maxim Reschetnikow in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Kommunisten in der Staatsduma, Gennadi Sjuganow, das dem russischen Wirtschaftsmagazin RBK vorliegt. Allein der Handel mit den G7-Ländern wird von der Behörde auf 25 Prozent des gesamten Handelsvolumens beziffert. „Das Hauptproblem liegt im Bereich der Transport- und Zahlungsbeschränkungen“, so der Minister. Die gesamten Warenexporte Russlands beliefen sich im Jahr 2021 auf 493 Milliarden US-Dollar.

[Минэкономики оценило долю российского экспорта, затронутого санкциями — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru/ministry/2022/02/24/61a5c1e29a79477881e199e199e199e1)

---

#### **RBC**

##### **Leiter des Verkehrsministeriums sagt, dass die Sanktionen die Logistik „praktisch zerstört“ haben (Arbeitsübersetzung)**

Die gegen Russland verhängten Sanktionen haben das Logistiksystem des Landes schwer beeinträchtigt, sagte Verkehrsminister Witali Saweljew bei einem Besuch in der Region Astrachan.

„Die Sanktionen, die heute gegen die Russische Föderation verhängt wurden, haben praktisch das gesamte Logistiksystem in unserem Land ruiniert. Und wir sind gezwungen, nach neuen Logistikkorridoren zu suchen“, sagte er (zitiert von Interfax).

Saweljew wies darauf hin, dass die Behörden den Nord-Süd-Verkehrskorridor, zu dem die kaspischen Häfen Astrachan an der Wolga, Olja am Wolga-Kaspischen Kanal und Machatschkala am Kaspischen Meer gehören, in Betracht ziehen, um die entstehenden Probleme zu lösen.

Im Rahmen der Entwicklung dieses Verkehrskorridors wird der Grenzübergang Karaozek an der Grenze zwischen Russland und Kasachstan umgebaut, so der Minister. Igor Babuschkin, Leiter der Region Astrachan, erklärte, dass auch die Tiefe des Wolga-Kaspischen Kanals auf 4,5 m erhöht werden soll, um das Volumen des Frachtstroms durch den Kanal zu steigern.

-----

### **Höhenflug des Rubels soll gestoppt werden**

Der Rubel ist gestern auf den höchsten Stand seit fast sieben Jahren gestiegen. Auch deshalb haben die Behörden die Verpflichtung zum Verkauf von Deviseneinnahmen an russische Exporteure von 80 auf 50 Prozent gesenkt. Wie das Finanzministerium mitteilte, wurde angesichts „der Stabilisierung des Rubelkurses und des Erreichens einer ausreichenden Devisenliquidität“ beschlossen, den Umfang des obligatorischen Verkaufs der Deviseneinnahmen zu verringern.

Ab dem 24. Mai müssen die Exporteure 50 % der Deviseneinnahmen verkaufen, anstatt 80 Prozent. Das Dekret wurde von Präsident Wladimir Putin unterzeichnet und auf dem Portal für Rechtsinformationen veröffentlicht. Das Dekret gab dem Direktorium der Zentralbank auch das Recht, den Zeitraum für den Devisenverkauf zu bestimmen.

Das Finanzministerium verpflichtete die russischen Exporteure am 28. Februar, innerhalb von drei Tagen 80 Prozent der Devisenerlöse, die auf ihre Konten eingezahlt wurden, zu verkaufen, nachdem Russland seine Militäroperation in der Ukraine, die westlichen Sanktionen und das Einfrieren der Devisenreserven im Ausland gestartet hatte. Mit der Maßnahme sollte der Rubel gestützt werden.

Ende April verlängerte die Zentralbank die Frist für Exporteure von Nicht-Rohstoffen und Nicht-Energie auf 60 Arbeitstage. Die Regulierungsbehörde erlaubte ihnen auch den Verkauf von Fremdwährungen auf die Konten der von ihnen beauftragten Banken.

-----

[n-tv](#)

### **Bundesbank erwartet Wohlstandsverlust in Russland (n-tv)**

**Exportverbote und Lieferbeschränkungen, Effizienzverluste und technologischer Rückstand: Die Auswirkungen des Krieges werden laut Bundesbank in Russland große wirtschaftliche Schäden anrichten und den Wohlstand erheblich senken.**

Russland droht infolge des Ukraine-Krieges aus Sicht der Bundesbank erheblicher wirtschaftlicher Schaden. Nicht nur kurzfristig seien größere Einbußen zu erwarten, auch

längerfristig sei mit massiven Schäden zu rechnen, heißt es im Monatsbericht des Instituts. Bestehende strukturelle Probleme dürften sich nochmals erheblich verschärfen: "Insgesamt steuert Russland darauf zu, einen beachtlichen Teil seines Wohlstands auf Dauer zu verlieren."

Die Experten der Bundesbank sehen sowohl Probleme in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor. So sei Russland nach wie vor stark von ausländischen Vorleistungsgütern abhängig. "Die neuen Exportverbote westlicher Länder und die Lieferbeschränkungen vieler Unternehmen dürften somit speziell die russische Industrie empfindlich treffen." Russische Exporteure müssten sich nach neuen Absatzmärkten und Logistikmöglichkeiten umschauen.

„Insgesamt drohen der russischen Industrie infolge der weitgehenden internationalen Isolation hohe Effizienzverluste und technologischer Rückschritt“, heißt es weiter. Auch auf russische Dienstleister sieht die Bundesbank große Belastungen zukommen. Bereits in den vergangenen Jahren habe Russland viele hochqualifizierte Arbeitskräfte an das Ausland verloren. "Wegen des Ukraine-Kriegs zeichnet sich ab, dass sich dieser Trend nochmals verstärkt." Berichten zufolge hätten seit Kriegsbeginn am 24. Februar bereits Zehntausende Fachkräfte aus dem IT-Sektor Russland den Rücken gekehrt.

Wegen dieser Herausforderungen dürfte Russland in den kommenden Jahren nach Einschätzung der Bundesbank noch stärker auf den Öl- und Gasexport angewiesen sein. Allerdings müsse das Land aufgrund der Zurückhaltung vieler Abnehmer hohe Preisabschläge hinnehmen. „Zusätzlich könnte Russland wegen der gedämpften Nachfrage schon bald gezwungen sein, seine Ölförderung erheblich zu drosseln.“ Bei Gas sieht die Bundesbank vor allem das Problem fehlender Infrastruktur wie Pipelines in Richtung alternativer Abnehmerländer wie China.

---

## **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru/news)

---

## **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

## 5. Sanktionen der USA

### Sanktionen gegen Russland – General License 9C läuft aus

Das Office of Asset Control hat mitgeteilt, dass die General License 9C, die noch Ausnahmen für Transaktionen im Zusammenhang mit bestimmten Schuldtiteln oder Aktien zuließ, nicht weiter verlängert wird. Die License lief am 25. Mai 2022 aus (siehe Medienbericht unten).

Weitere Informationen zu dieser Maßnahme finden Sie hier:

[OFAC Recent Actions | U.S. Department of the Treasury](#)

Dieser Artikel ordnet die Maßnahme ein:

### [RP Online](#)

#### **USA stopfen Schlupfloch für russischen Zahlungsverkehr**

**Die USA kappen die Möglichkeit, Zahlungen für russische Staatsschulden über US-Banken abzuwickeln. Dadurch droht Russland Ende Juli ein Zahlungsausfall. Der Schritt wurde von Investoren aber bereits erwartet.**

Die USA beenden am heutigen Mittwoch die letzte Möglichkeit Russlands, seine Milliardenschulden an internationale Investoren zurückzuzahlen. In einer Mitteilung des US-Finanzministeriums vom Dienstag hieß es, eine Lizenz, die Russland weiterhin die Bezahlung seiner Gläubiger über amerikanische Banken erlaubt, werde nicht verlängert. Russland könnte damit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Ohne die Genehmigung, US-Banken zu nutzen, hätte Russland keine Möglichkeit, seine Schulden bei ausländischen Anleiheinvestoren zu begleichen. Der Kreml nutzte dazu bislang JPMorgan Chase und Citigroup.

Der Kreml scheint mit dem Schritt gerechnet zu haben. Das russische Finanzministerium zahlte zwei im Mai fällige Anleihen bereits am Freitag, also vor Fristablauf am 25. Mai. Die nächsten Zahlungen stehen am 23. Juni an. Für sie gilt eine 30-tägige Nachfrist, so dass Ende Juli ein russischer Zahlungsausfall für Schulden im Ausland erklärt werden müsste. Es wäre der erste seit der Russischen Revolution 1917.

Der prominente Finanzanwalt Jay Auslander, der an Prozessen unter anderem zur Schuldenkrise in Argentinien beteiligt war, sagte, ein Zahlungsausfall Russlands zum jetzigen Zeitpunkt werde kaum Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Russland sei bereits seit Monaten von den globalen Finanzmärkten ausgeschlossen, und Investoren hätten einen Ausfall erwartet und sich zurückgezogen. Beamte der Biden-Regierung haben sich ähnlich geäußert. Ratingagenturen wie Standard & Poor's und Moody's haben die Kreditwürdigkeit des Landes bereits auf Ramschstatus herabgestuft.

## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Großbritannien

Am 19. Mai ergriff das Vereinigte Königreich Maßnahmen gegen russische Fluggesellschaften, um sie daran zu hindern, Landeerlaubnisse auf großen britischen Flughäfen im Wert von bis zu 50 Millionen Pfund zu kassieren. Weitere Informationen:

[UK targets Russian airlines with new sanctions - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-targets-russian-airlines-with-new-sanctions)  
[Notice Russia 190522.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://www.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/110522/notice_russia_190522.pdf)

Ausnahmegenehmigungen für Ticketkauf

Eine neue britische General License ermöglicht Zahlungen für den Kauf von Flugscheinen für Flüge oder Bahnreisen nach oder innerhalb Russlands.

<https://www.europeansanctions.com/2022/05/uk-issues-gl-for-travel-with-listed-russian-airlines-russian-railways/>

### Kanada

Kanada hat ein Verbot für die Ausfuhr bestimmter Luxusgüter nach Russland und die Einfuhr bestimmter Luxusgüter aus Russland verhängt. Zu den vom Ausfuhrverbot betroffenen Waren gehören alkoholische Getränke, Tabakwaren, bestimmte Textilwaren und Sportbekleidung, Schuhe, Luxuskleidung und -accessoires, Schmuck, Küchengeräte und Kunst. Pressemitteilung & Verordnungen.

Die G7-Staaten hatten sich im März 2022 zu russlandbezogenen Einfuhr-/Ausfuhrbeschränkungen für Luxusgüter verpflichtet und ähnliche Verbote wurden von anderen Regierungen erlassen, darunter die USA, das Vereinigte Königreich, die EU und Australien.

[Canada imposes additional sanctions on Russian oligarchs in response to Putin's continued aggression on Ukraine - Canada.ca](https://www.international.gc.ca/sanctions-sancions/2022/05/05-22-sanctions-oligarchs.aspx)

Kanada hat außerdem ein Verbot der Ausfuhr von Gütern verhängt, die für die Produktion und Herstellung von Waffen durch Russland verwendet werden könnten, und hat 14 Personen benannt, bei denen es sich um russische „Oligarchen“, ihre Familienmitglieder und Personen, die dem "Putin-Regime" nahe stehen, handeln soll.

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](https://www.international.gc.ca/sanctions-sancions/2022/05/05-22-sanctions-oligarchs.aspx)

Am 18. Mai 2022 änderte Kanada die Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Russland), um die Ausfuhr bestimmter Luxusgüter und Güter, die zur Herstellung von Waffen verwendet werden könnten, nach Russland zu verbieten, die Einfuhr bestimmter Luxusgüter aus Russland zu verbieten und weitere 14 Oligarchen, enge Mitarbeiter des russischen Regimes und Mitglieder ihrer Familien auf die Liste zu setzen.

Weitere Informationen:

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](#)

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

[n-tv](#)

**Porsche legt Russland-Geschäft auf Eis**

**Porsche zieht sich aus Russland komplett zurück und hält ukrainischen Zulieferern dagegen die Treue. Die deutschen Kunden bereitet Konzernchef Oliver Blume auf Preiserhöhungen vor.**

Porsche-Chef Oliver Blume gibt das Geschäft in Russland auf unbestimmte Zeit auf. "Wir haben eine klare Regelung: Solange Krieg herrscht, wird nicht geliefert", sagte Blume im Gespräch mit "Capital". Er hoffe zwar auf einen baldigen Waffenstillstand und eine diplomatische Lösung des Konflikts. Doch "solange es das nicht gibt, werden wir Russland nicht mit Fahrzeugen beliefern". Das gelte "auf unbestimmte Zeit".

Damit reiht sich der Sportwagenhersteller ein in die große Phalanx westlicher Konzerne, die sich nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine komplett aus dem russischen Markt zurückziehen. Erst in der vergangenen Woche hatte der französische Autokonzern Renault angekündigt, das Geschäft in Russland gänzlich einzustellen und auch Werke und Beteiligungen in Russland aufzugeben. Anders als Renault produziert Porsche in dem Land jedoch nicht, die luxuriösen Sportwagen sind gleichwohl bei Russen beliebt.

Zugleich betonte der Konzernchef, sich so weit möglich weiter Teile für die Autos aus der Ukraine liefern lassen zu wollen. "Alles, was wir aus der Ukraine beziehen können, werden wir von dort beziehen", sagte er. Dies sei eine Verpflichtung gegenüber den dortigen Zulieferern, so Blume.

Angesichts gestiegener Preise für knappe Rohstoffe sowie Vorprodukte und anziehender Energiepreise kündigte Blume an, die Preise für die Luxusautos anzuheben. "Wir schauen uns sehr genau an, wo es gerechtfertigt ist, gestiegene Preise für Rohstoffe und Materialien in die Fahrzeuge einzupreisen", sagte Blume. Dies sei allerdings "ein kontinuierlicher Prozess in der Bilanz zwischen eigenen Effizienzsteigerungen und Preisweitergabe".

-----

**[Spiegel:](#)**

**Auch Starbucks zieht sich endgültig aus Russland zurück**

**Aus nach rund 15 Jahren: Russen und Russinnen müssen wegen des Ukrainekriegs künftig auf Kaffee von Starbucks verzichten. Die Mitarbeiter sollen vorerst weiterbezahlt werden.**

Die weltgrößte Café-Kette Starbucks will sich angesichts des Krieges gegen die Ukraine nach rund 15 Jahren komplett aus Russland zurückziehen. Der Konzern kündigte an, seine Geschäfte in dem Land dauerhaft zu schließen und seine Markenpräsenz dort aufzugeben. Starbucks hatte den Betrieb in Russland bereits im März aus Protest gegen den Einmarsch in die Ukraine ausgesetzt.

Die Kette ist seit 2007 in Russland vertreten und hatte dort zuletzt rund 130 Filialen mit etwa 2000 Mitarbeitern. Die Beschäftigten will Starbucks nach eigenen Angaben für sechs Monate weiterbezahlen und sie bei der Suche nach neuen Jobs unterstützen. Zum konkreten Zeitplan und Ablauf des Rückzugs aus Russland sowie zu den finanziellen Details machte der Konzern zunächst keine Angaben.

### **McDonald's, Siemens, Henkel**

Starbucks befindet sich mit seinem Rückzug in bester Gesellschaft: Erst vor einer Woche hatte die US-Fast-Food-Kette McDonald's angekündigt, ihr Geschäft infolge des russischen Angriffskrieges in dem 144-Millionen-Einwohner-Staat aufzugeben. Nach über 30 Jahren in dem Land will McDonald's die Filialen an einen russischen Käufer verkaufen, teilt der Konzern mit. Das Unternehmen sei zu dem Schluss gekommen, dass das Eigentum an den russischen Aktivitäten nicht mehr haltbar und auch nicht mehr im Sinne der Unternehmenswerte sei.

Auch deutsche Großunternehmen haben längst Konsequenzen gezogen. »Wir verurteilen den Krieg in der Ukraine und haben beschlossen, unsere industriellen Geschäftsaktivitäten in Russland in einem geordneten Prozess zu beenden«, hatte Siemens-Chef Roland Busch bereits am 12. Mai verkündet. Der Konsumgüterkonzern Henkel hatte Mitte April verkündet, sich vollständig aus dem Land zurückzuziehen. Henkel war mehr als 30 Jahre in Russland aktiv und betreibt dort elf Produktionsstandorte. Der Konzern erwirtschaftete in Russland zuletzt rund eine Milliarde Euro Umsatz.

-----

### **[Izvestia](#)**

#### **Einzelhandelsunternehmen Marks & Spencer wird Russland verlassen**

Der britische Hersteller von Bekleidung, Schuhen und Accessoires Marks & Spencer (M&S) hat beschlossen, sich vom russischen Markt zurückzuziehen. Dies wurde am Mittwoch, den 25. Mai, auf der Website des Unternehmens bekannt gegeben.

"Wir haben beschlossen, unser russisches Geschäft vollständig aufzugeben, und wir stellen fest, dass sich die Kosten für den Ausstieg aus dem russischen Markt und der situationsbedingten Einstellung des Geschäfts in der Ukraine auf 31 Mio. £ [38 Mio. \$] belaufen werden", heißt es in der Erklärung.

M&S wies darauf hin, dass das Unternehmen im Laufe des Jahres mit zwei Hürden konfrontiert war - den Auswirkungen der Grenzprobleme mit der Europäischen Union und der Unterbrechung der Lieferungen an einen Franchisepartner in Russland.

-----



[LUKOIL.ru](http://LUKOIL.ru)

## **LUKOIL schließt Übernahme der Downstream-Aktivitäten von Shell in Russland ab**

Die endgültigen Dokumente wurden in Moskau im Rahmen des Verkaufs der Shell-Vermögenswerte in Russland - einer Tankstellenkette, die hauptsächlich in den zentralen und nordwestlichen Föderationsbezirken angesiedelt ist, sowie eines Schmierstoffwerks in der Region Twer - unterzeichnet. Zuvor hatte der Föderale Antimonopoldienst Russlands das Geschäft genehmigt.

„Das Wohlbefinden unserer Mitarbeiter ist uns sehr wichtig. Im Rahmen der Vereinbarung werden mehr als 350 Mitarbeiter von Shell Oil weiterhin für das Unternehmen arbeiten, das sich nun im Besitz von LUKOIL befindet“, sagte Heibert Vigeveno, Direktor des Downstream-Segments von Shell.

-----

[Izvestia](http://Izvestia)

## **Nike schließt die meisten Geschäfte in Russland bis Ende Juli**

Bis Ende Juli 2022 wird das russische Unternehmen Inventive Retail Group, das Franchisenehmer der inländischen Kette der amerikanischen Marke Nike war, die meisten seiner Geschäfte in Russland schließen.

Der einheimische Einzelhändler entwickelte insgesamt 37 Filialen des ausländischen Unternehmens, von denen neun bereits geschlossen wurden und 28 weitere Geschäfte übrig blieben.

-----

**ZDF:**

## **Westliche Sanktionen wirken**

Die westlichen Sanktionen treffen die russische Wirtschaft in ihrer ganzen Breite und die Auswirkungen sind jetzt schon spürbar. So gerate die Industrieproduktion ins Stocken, weil Computerchips und andere Komponenten nicht mehr aus dem Westen geliefert werden.

Westliche Wirtschafts- und Finanzsanktionen sollen Russland dazu bringen, seinen Angriffskrieg in der Ukraine zu beenden. Umstritten ist allerdings, ob die Maßnahmen dafür geeignet und ausreichend sind. "Mit Blick auf Erdgas, Erdöl und Finanzmarkt sind die Sanktionsmöglichkeiten des Westens bei weitem noch nicht ausgeschöpft", merkt Götz an.

Der Moskauer Ökonom Nikolaj Kulbaka von der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Öffentlichen Dienst berichtet in einem aktuellen "Spiegel"-Interview zudem vom "Zusammenbruch zahlreicher Lieferketten".

Die Folge: Weniger Warenangebot, steigende Preise. Ein Beispiel: Weil der Markt für Neuwagen leergefegt sei, seien die Preise für gebrauchte Autos in Russland um 30 Prozent gestiegen, so Kulbaka.

Steigende Preise für Lebensmittel und andere Produkte treffen das Volk. Laut russischer Zentralbank könnte die Inflationsrate bis Jahresende auf mehr als 20 Prozent steigen. Mehr noch: "Analysten der russischen Zentralbank gehen von einem massiven Einbruch der russischen Wirtschaftskraft aus", sagt Katharina Bluhm, Leiterin des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin.

Zwar befinde sich Russland in der Krise, es verfüge jedoch über Währungsreserven und der hohe Ölpreis Sorge dafür, dass weiterhin "viel Geld ins Land kommt", so Bluhm. Die angekündigten wirtschaftlichen und technologischen Kooperationen mit China, Indien und anderen Ländern schmälerten zudem "die Schlagkraft der Sanktionen". Bluhm erwartet deshalb kurzfristig keinen großen Kurswechsel im Kreml. Russland wird gewiss nicht klein begeben, dafür hat sich Putin schon zu sehr verrannt.

Moskauer Ökonom vergleicht Russland mit Titanic

In der russischen Elite beobachtet die Soziologieprofessorin derzeit zwei große Fraktionen. Während der national-konservative Flügel einen "historischen Moment" gekommen sehe, um "einen autarken Gegenpol zu den USA" zu bilden, sei der liberale Flügel sehr pessimistisch. "Diese Fraktion sieht das Land durch den radikalen Bruch mit dem Westen in eine langfristige Stagnationsphase geraten, mit noch mehr staatlichen Repressionen im Innern und einem Niedergang von Wissenschaft und Wirtschaft", so Bluhm.

Der russische Ökonom Kulbaka teilt diese Sicht und spricht von einem langsamen "Abrutschen". Russland werde "so langsam sinken wie die Titanic", sagte Kulbaka dem "Spiegel". Die Folgen sind gravierend: Zigtausende gut ausgebildeter Menschen haben Russland verlassen.

Russland-Experte: Breite Masse glaubt Putins Propaganda

Die breite Masse der russischen Bevölkerung sei hingegen "von der Propaganda des Regimes im Kreml derart beeinflusst", dass sie den Mangel im Land "mehr oder weniger klaglos erträgt", sagt Roland Götz. "Man glaubt Putin, dass der Westen eine Bedrohung für Russland sei und das russische Volk absichtlich schädigen wolle."

Putins Oligarchen zählen zu den reichsten Menschen der Welt.

In der russischen Elite beobachtet die Soziologieprofessorin derzeit zwei große Fraktionen. Wirklich getroffen fühlten sich vor allem letztere aber nicht: "Die Oligarchen, die sich unter dem Deckmantel des russischen Staates bereichert haben, verfügen trotz westlicher Finanzsanktionen weiterhin über genügend Ressourcen, um sich schadlos zu halten", sagt Roland Götz, Ökonom und Russland-Experte. Der Grund: Viele Länder des Nahen Ostens oder auch China und Indien unterstützen die westlichen Sanktionen nicht.

-----

## **Umgang mit russischen Devisenreserven**

Die FAZ geht der Frage nach, ob russische Devisenreserven durch die EU enteignet und für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden können. Rechtlich ist dies durchaus problematisch:

[Russische Devisenreserven für den Wiederaufbau der Ukraine verwenden? \(faz.net\)](#)

## 8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

### Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

-----

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaI@dtek.com](mailto:ZdorevskaI@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

-----

## 9. Hilfsaktionen

### **EU: Mehr Geld für ukrainische Streitkräfte**

Der Europäische Rat hat zwei Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität angenommen, die es der EU ermöglichen, die Fähigkeiten und die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte zur Verteidigung der territorialen Integrität und der Souveränität des Landes und zum Schutz der Zivilbevölkerung vor der anhaltenden russischen Militärangriff weiter zu unterstützen.

Nachdem in diesem Jahr bereits drei Tranchen in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. Euro beschlossen wurden, werden die bereits bereitgestellten Mittel durch eine vierte Tranche um 500 Mio. Euro aufgestockt, wodurch sich der Gesamtbetrag auf 2 Mrd. Euro erhöht.

Weitere Informationen finden Sie hier:

[European Peace Facility - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

### **EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein**

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

-----

## Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska ([m.kulesza@klett.pl](mailto:m.kulesza@klett.pl)). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de).

## Umtausch Griwna / Euro

Für viele Geflüchtete aus der Ukraine ist der Umtausch von mitgebrachtem Bargeld in Euro schwierig oder nicht möglich. Das Thema ist aktuell Gegenstand in den Haushaltsberatungen im Bundestag. Gleichzeitig wird an einer europäischen Lösung gearbeitet, da die Problematik alle Länder betrifft, in Ukrainer Geld wechseln möchten. Als eine der ersten Banken bietet die **Volksbank Niederrhein die Möglichkeit an, Griwna-Bargeld kostenfrei in Euro umzutauschen**. Die Regelung gilt ab dem 18. Mai 2022, teilt der Chef der Volksbank Niederrhein, Guido Lohmann mit. Der Wechselkurs wird jeweils am Freitag für die nachfolgende Woche von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben. Mehr Details zur Meldung finden Sie hier: [Ukrainer können bei der Volksbank Griwna in Euro tauschen - gratis \(rp-online.de\)](https://www.rp-online.de)

## Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](https://www.german-health-alliance.org/).

## Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

## **Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite [www.jobs.gu-dp.com](http://www.jobs.gu-dp.com). Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

## **Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: [info@rotary-platz-der-republik.berlin](mailto:info@rotary-platz-der-republik.berlin)

## **Spenden für Hilfstransporte**

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de)).

-----

## Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

-----

## Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

-----

## EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu)

-----



## Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

[https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF\\_Schreiben/Weitere\\_Steuert\\_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html)

-----



## Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

### Unterkunftsangebote

#### I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

### Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

### Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: [www.berlin.de/ukraine](http://www.berlin.de/ukraine)
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
  
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>

- Handout für Ankommende in Berlin:  
<https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:  
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlXuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](https://www.germany4ukraine.de)

---

### **Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte**

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: [schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com](mailto:schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com)

[https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart\\_zentrales\\_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490](https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490)

---

### **Materialwirtschaft/Logistik**

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

---

### **Lebensmittel**

**BMEL:** Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine  
Kontakt: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de).

---

### **Medizinische Güter**

**Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit

dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargelegt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

-----

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin ([herzhoff@vku.de](mailto:herzhoff@vku.de), 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin ([gerks@vku.de](mailto:gerks@vku.de), 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter ([joerg.rehberg@bdew.de](mailto:joerg.rehberg@bdew.de), 030 300 199-1211).

---

## **Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

[iwanttohelpukrainians@gmail.com](mailto:iwanttohelpukrainians@gmail.com)

---

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)



**Rotary hilft.**

Berlin  
**Rotary**  
Platz der Republik

Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

## **Weitere Links von Initiativen:**

### **Spenden an Aktion Deutschland Hilft**

[♥ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://aktion-deutschland-hilft.de)

-----

### **MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft**

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

-----

### **Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten**

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

-----

### **Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)**

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

-----

## Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Kontakt:

### **Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

